

UNTERNEHMER IM DIALOG (UID) – NEWSLETTER

Dieser monatliche Newsletter ist ein Informationsmedium des e. V. UnternehmerAllianz Süd, 1. Vorstand Christoph Werr, c/o RA Wernicke & Partner, Ohmstraße 13/III, 80802 München, Tel. 089/38387172, E-Mail: info@ua-sued.de, www.ua-sued.de

Newsletter Ausgabe Nr. 1 vom 16.11.2011

Wenn Sie in Zukunft keinen weiteren Newsletter wünschen, tragen Sie sich bitte aus: hier: <http://www.ua-sued.de/newsletter.php>.

Inhalt:

1. Neues Insolvenzrecht bietet mehr Chancen zur Sanierung
2. Eurokrise: Zahlungsmoral vor rapidem Absturz
3. Familienunternehmen finanzstärker denn je
4. Ausgezeichnete Familienunternehmer
5. Zweibrücken hat mit 10 Fällen die wenigsten Privatinsolvenzen
6. SZ: Der bürgerliche Tod: Neuanfang ist in Deutschland nicht vorgesehen
7. Insolvenzberater: Im Ernstfall planvoll und nicht hektisch reagieren
8. Limited-Gründer in der Consultingbranche sind Auslaufmodell
9. "Bilanz einer Lüge" - Hochspannung nicht nur für Steuerprofis
10. Hauptversammlung der UAS am 22.11.11 in München

1. Neues Insolvenzrecht bietet mehr Chancen zur Sanierung
Mehr Chancen, insolvente Unternehmen einfacher und effektiver zu sanieren: Das Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung (ESUG) hat der Bundestag am 27. Oktober 2011 beschlossen. Das Insolvenzrecht ist laut Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger künftig mehr denn je auf Sanierung statt auf Abwicklung von Unternehmen ausgerichtet.

Das Gesetz werde zu einem Sinneswandel hin zu einer neuen „Insolvenzkultur“ beitragen, so die Justizministerin, denn es biete überlebensfähigen Unternehmen stärker als bisher eine echte Chance zur Sanierung. Bisher werde die Insolvenz häufig mit persönlichem Scheitern und wirtschaftlichem Versagen verbunden. Zukünftig werde das Insolvenzverfahren für alle Beteiligten planbarer und effektiver und biete so den Rahmen für eine Fortführung sanierungsfähiger Unternehmen und den Erhalt von Arbeitsplätzen, erklärte Leutheusser-Schnarrenberg.

Zu den wichtigsten Regelungen des Gesetzes gehören neben der Stärkung der Gläubigerstellung bei der Insolvenzverwalterauswahl auch der Ausbau und die Straffung des Insolvenzplanverfahrens sowie die Vereinfachung des Zugangs zur Eigenverwaltung.

Im Zuge des neuen Gesetzes soll bereits im Eröffnungsverfahren ein vorläufiger Gläubigerausschuss eingesetzt werden, der bei bestimmten Unternehmen ein wichtiges Mitspracherecht bei der Auswahl des Insolvenzverwalters und der Anordnung der Eigenverwaltung hat. Ein Schuldner wird zukünftig bereits bei drohender Zahlungsunfähigkeit oder bei Überschuldung die Möglichkeit erhalten, innerhalb von drei Monaten in einer Art „Schutzschirmverfahren“ unter Aufsicht eines vorläufigen Sachwalters und frei von Vollstreckungsmaßnahmen in Eigenverwaltung einen Sanierungsplan

auszuarbeiten, der anschließend als Insolvenzplan umgesetzt werden kann.

Quelle: www.bmj.de

+++ 2. Eurokrise: Zahlungsmoral vor rapidem Absturz +++

In ihrer aktuellen Trendumfrage prognostiziert die deutsche Inkassowirtschaft einen rapiden Abfall der Zahlungsmoral innerhalb der nächsten sechs Monate, sollte die Eurokrise weiterhin anhalten. 79 Prozent der befragten Inkassodienstleister rechnen damit, dass Unternehmen dann ihre Rechnungen schlechter bezahlen werden - von Verbrauchern nehmen das 70 Prozent an. In der Folge würden die Unternehmensinsolvenzen spürbar steigen. Diese gehen in diesem Jahr dank des Wirtschaftswachstums auf 30.000 zurück (2010: 31.998).

Aktuell ist die Zahlungsmoral so gut wie seit über zehn Jahren nicht: 86 Prozent der Mitgliedsunternehmen des Bundesverbandes Deutscher Inkasso-Unternehmen (BDIU) melden, dass Rechnungen jetzt besser oder genauso gut wie vor sechs Monaten beglichen werden. Besonders im Einzelhandel, im Gastgewerbe und in der Dienstleistungsbranche zahlen Kunden nun spürbar besser. Kritisch ist weiterhin die Zahlungsmoral im Handwerk. 58 Prozent der Inkassounternehmen bemängeln die Rechnungstreue von dessen Kunden - und das sind oft kommunale, öffentliche Auftraggeber.

Problematisch bleibt die private Verschuldung. Zwar sinkt die Zahl der Verbraucherinsolvenzen dieses Jahr leicht auf gut 100.000 (2010: 108.798). Aber insgesamt sind etwa 10 Prozent der erwachsenen Bevölkerung ver- oder überschuldet. Gründe, warum Verbraucher Rechnungen aktuell nicht wie vereinbart begleichen, sind Überschuldung (90 Prozent der Inkassounternehmen bestätigen das), Arbeitslosigkeit (69 Prozent), vorsätzliches Nichtbezahlen (56 Prozent) und ein vorübergehender Liquiditätsengpass (47 Prozent). Bedenklich sind die Beobachtungen der Inkassowirtschaft zur Jugendverschuldung. 39 Prozent melden, dass junge Verbraucher (bis 24 Jahre) schlechter zahlen als Ältere. Jugendliche haben vor allem Konsumschulden. Hauptgläubiger junger Verbraucher sind Telekommunikationsunternehmen (87 Prozent der Inkassounternehmen melden das), Online- und Versandhändler (76 beziehungsweise 66 Prozent) sowie Internet-Serviceanbieter (56 Prozent).

Quelle: www.inkasso.de

+++ 3. Familienunternehmen finanzstärker denn je +++

Die deutschen Familienunternehmen verfügen über eine außergewöhnlich große Finanzkraft. Im Betrachtungszeitraum 2007-2010 konnten die 500 umsatzstärksten Familienunternehmen ihre bereits auskömmliche Eigenkapitalquote um ca. 8 Prozentpunkte im Mittel auf 53,7 Prozent steigern. Selbst in den Krisenjahren 2008 und 2009 konnten sie ihre Eigenkapitalquote weiter erhöhen. Auch nach der Finanz- und Wirtschaftskrise stehen sie finanziell und wirtschaftlich besser da, als der Gesamtdurchschnitt der Unternehmen in Deutschland. Dies zeigt eine exklusive Untersuchung der 500 umsatzstärksten deutschen Familienunternehmen der Wirtschaftsauskunftei Bürgel und der Beratungs- und Prüfungsgesellschaft Rödl & Partner.

"Bei den wichtigsten Erfolgskennzahlen Eigenkapitalquote, Gesamtkapitalrendite und Liquiditätskennzahl stehen Familienunternehmen gegenüber der Gesamtwirtschaft und den Unternehmen des Euro Stoxx 50 überdurchschnittlich gut da", erklärt Dr. Norbert Sellin, Geschäftsführer von Bürgel. Im Vergleich mit den Euro Stoxx 50 Unternehmen erwirtschafteten Familienfirmen in den Jahren 2007 bis 2010 eine überdurchschnittlich hohe Gesamtkapitalrendite. Im Geschäftsjahr 2010 lag diese sogar bei rund 8,3 Prozent (Euro

Stoxx 50: 5,9 Prozent). Während der Finanzkrise sank der Wert allerdings unter den Durchschnitt der Gesamtwirtschaft von 5,8 Prozent im Jahr 2009 und 6,6 Prozent im Jahr 2008 (Familienunternehmen: 6,2 Prozent).

Die Studie "Finanzkraft von Familienunternehmen" kann bei Bürgel und Rödl & Partner im Internet kostenfrei heruntergeladen werden.

Quelle: www.buergel.de, www.roedl.de

+++ 4. Ausgezeichnete Familienunternehmer +++

Heinz Gries und Andreas Land vom Familienunternehmen Griesson - de Beukelaer erhalten den in diesem Jahr zum achten Mal von der INTES Akademie für Familienunternehmen gemeinsam mit dem Unternehmermagazin 'impulse' vergebenen Preis "Familienunternehmer des Jahres". Auf der feierlichen Abendveranstaltung auf Schloss Bensberg wurde die begehrte Auszeichnung an die beiden Preisträger übergeben. "Die Nachfolge ist die zentrale Herausforderung für ein Familienunternehmen. Und die Entscheidung für einen Unternehmensführer von außen ist keine einfache Konstellation", erläuterte Prof. Dr. Peter May die diesjährige Wahl der Jury. "Bemerkenswert ist, dass Heinz Gries seinen Geschäftsführer Andreas Land auch zum Teilhaber gemacht hat", ergänzt 'impulse'-Chefredakteur Dr. Nikolaus Förster. "Das kann auch für andere Unternehmen eine Blaupause sein."

1967 übernahm Heinz Gries in dritter Generation die Führung des Familienbetriebs mit Sitz in Polch. Aus einem überschaubaren Betrieb in Rheinland-Pfalz entstand unter seiner Führung eines der bedeutendsten Unternehmen der europäischen Süßwaren- und Gebäckbranche. Der Familienunternehmer hatte einige Jahre Danone als Teilhaber, 2007 kaufte er die Anteile komplett zurück. Andreas Land ist seit 1998 bei Griesson. Das Unternehmen erwirtschaftete im Jahr 2010 einen Gesamtumsatz von 477 Millionen Euro. Zum Sortiment gehören so bekannte Marken wie DeBeukelaer, Griesson, Prinzen Rolle, Leicht&Kross, TUC sowie in Lizenz Mövenpick.

Quelle: www.impulse.de/familienunternehmer

***	Kreative Unternehmensberatung!	***
***	DialogConsult Christoph Werr	***
***	Info-Tel. +43 (0) 662 854 652	***
***	E-Mail: info@dialogconsult.org	***

+++ 5. Zweibrücken hat mit 10 Fällen die wenigsten Privatinsolvenzen ++

Die Zahl der Privatinsolvenzen in Deutschland geht laut der Bürgel-Studie "Schuldenbarometer 1. Halbjahr 2011" um 0,9 Prozent auf 68.818 Fälle zurück. In dieser aktuellen Auswertung hat die Wirtschaftsauskunftei Bürgel die Zahlen der Privatinsolvenzen bis auf die Ebene der Kreise und kreisfreien Städte in den einzelnen Bundesländern analysiert. Erstmals wurden auch die relativen Zahlen der Kreise und kreisfreien Städte (Privatinsolvenzen je 100.000 Einwohner) ermittelt. Deutlich wird, dass es auch innerhalb der Bundesländer erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Verbraucherinsolvenzen gibt.

Die meisten Privatinsolvenzen im ersten Halbjahr (in absoluten Zahlen) registrierten demnach Berlin (3.118), Hamburg (2.126) und die Region Hannover (1.616). Die kreisfreie Stadt

Zweibrücken in Rheinland-Pfalz hat mit 10 Fällen die wenigsten Privatinsolvenzen. Greifswald (in Mecklenburg-Vorpommern gelten die Kreise und kreisfreien Städte vor der Kreisgebietsreform vom 4.11.2011) mit 24 und Rhön-Grabfeld (Bayern) mit 25 Privatinsolvenzen folgen mit den bundesweit wenigsten Insolvenzen.

Bezogen auf die Einwohnerzahlen zeigt sich in den Kreisen und kreisfreien Städten ein differenziertes Bild. Bundesweit am wenigsten Privatinsolvenzen meldet im ersten Halbjahr 2011 demnach Schweinfurt (Stadt und Landkreis) mit 21 Privatinsolvenzen je 100.000 Einwohner. Es folgen Starnberg (22) und Ravensburg (28).

Die höchsten Zahlen sind mit 297 Privatinsolvenzen je 100.000 Einwohner in der kreisfreien Stadt Pirmasens (Rheinland-Pfalz) zu verzeichnen. Es folgen Delmenhorst (237) und Wilhelmshaven (221). Den prozentual stärksten Rückgang mit minus 45,7 Prozent registriert Prignitz - gefolgt von Haßberge (minus 45,2 Prozent) und Zweibrücken (minus 44,4 Prozent). Der deutlichste Anstieg ist mit einem Plus von 118,2 Prozent in Greifswald zu verzeichnen. In Starnberg (plus 93,3 Prozent) und Kusel in Rheinland-Pfalz (plus 71 Prozent) steigen die Fallzahlen ebenfalls stark an.

Die kompletten Ergebnisse der Privatinsolvenzstatistik für die kreis- und kreisfreien Städte finden Sie unter <http://ots.de/tgnHQ>

Quelle: www.buergel.de

+++ 6. SZ: Der bürgerliche Tod: Neuanfang ist in Deutschland nicht vorgesehen +++

Die Süddeutsche Zeitung berichtete über den pleite gegangenen Unternehmer Attila von Unruh, dem ein Neuanfang verwehrt blieb. Kein Bankkonto, kein Handy, kein Job – dem 50-jährigen blieb nach seiner Insolvenz ein Konto verwehrt. Eine zweite Chance ist in Deutschland nicht vorgesehen. Früher war er sehr erfolgreich und organisierte in Köln Events. Als er mit 40 seine Firma verkaufte, war der Kaufvertrag nicht wasserdicht. Der neue Eigentümer meldete Insolvenz an, die Gläubiger forderten plötzlich vom Altbesitzer 150.000 Euro, 2005 ging er in Privatinsolvenz. Der Insolvenzverwalter untersagte ihm aus Haftungsgründen eine weitere Selbständigkeit. Nach der Insolvenz habe er sich wie ein ausgebremste Schnellzug gefühlt, sagt Unruh und gründete eine erste Selbsthilfegruppe für Überschuldete. Mittlerweile gebe es zehn Gruppen in Deutschland. Von Unruh will die Gescheiterten zu Beratern ausbilden. Sie sollen Firmen helfen, Insolvenzen zu vermeiden oder einen Neustart zu schaffen. Nach seiner sechsjährigen Wohlverhaltensphase freut er sich auf seine Unabhängigkeit.

Aus: Alina Fichter: „Der bürgerliche Tod“, Süddeutsche Zeitung vom 15./16.10.11, S. 33
<http://szmobil.sueddeutsche.de/login.php?id=258520&etag=1318629600>

*** Wir bringen Sie in die Medien! ***
*** Pressebüro König ***
*** Info-Tel. +49 (0) 8561.910771 ***
*** E-Mail: info@koenig-online.de ***

+++ 7. Insolvenzberater: Im Ernstfall planvoll und nicht hektisch reagieren +++

"Planvoll vorgehen und nicht hektisch reagieren", rät der Verband der Insolvenzverwalter Deutschlands der Politik im Ernstfall. Angesichts der laufenden Schuldendebatte in der europäischen Euro-Union meinte Verbandschef Christoph Niering in einem Interview mit der "Leipziger Volkszeitung": Im Insolvenzfall Deutschlands bliebe am Ende wohl nur "die Verhandlung eines Schuldenschnitts zusammen mit drastischen Sparmaßnahmen". Als Euro-Staat wäre Deutschland zwar in die jetzt diskutierten europäischen Sicherungsinstrumente mit eingebunden. "Eine Insolvenz Deutschlands würde diese Sicherungsinstrumente aber wahrscheinlich überfordern, weil dann auch mit parallelen Insolvenzen anderer großer Euro-Staaten zu rechnen wäre." Allerdings, so der Chef des Insolvenzverwalterverbandes, sei die Frage einer Staatsinsolvenz Deutschlands "eine sehr hypothetische". Generell riet Niering bei drohender Insolvenz "voraus zu denken und sich für mögliche Entwicklungen rechtzeitig Handlungsalternativen zu erarbeiten". Angst sei dabei "immer ein schlechter Ratgeber". Man könne auch im Insolvenzfall planvoll vorgehen und müsse nicht hektisch reagieren. Mittlerweile hätten die Bürger verstanden, dass "eine Unternehmensinsolvenz kein Todesurteil sein muss und deswegen in ihrer Dramatik nicht mit einer Staateninsolvenz vergleichbar ist", sagte Niering.

Quelle: www.lvz.de/www.bvdi.net

+++ 8. Limited-Gründer in der Consultingbranche sind Auslaufmodell +++

Die vor drei Jahren vom Gesetzgeber eingeführte Gründungsform der Unternehmergeellschaft (UG) als haftungsbeschränkte Variante erweist sich nicht nur im allgemeinen Wirtschaftsleben, sondern auch in der Unternehmensberatungsbranche als erfolgreiche Alternative zur britischen `Limited` (Ltd.). Nach Erhebungen des Bundesverbandes Deutscher Unternehmensberater (BDU) waren Mitte des Jahres rund 48.000 Unternehmergeellschaften in Deutschland registriert.

Davon sind knapp 2.000 Firmen unter Unternehmens- und Personalberatung eingestuft. BDU-Vizepräsident Jörg Lennardt: "Wenn auch nicht jedes Beratungsunternehmen hiervon betriebswirtschaftliche Beratung nach unserem Verständnis betreibt: Der von uns schon vor Jahren skeptisch beurteilte Trend hin zur `Limited` ist gestoppt. Und dies ist aus BDU-Sicht auch sehr begrüßenswert." Denn der Verband habe seit langem beobachtet, dass zum Beispiel bei Finanzierungsverhandlungen mit Kreditinstituten die Kreditwürdigkeit bei der Ltd-Rechtsform besonders belegt werden müsse. Zugleich, so Lennardt, stünden Klienten und Vertragspartner der Ltd. oft skeptisch und mit Vorbehalten gegenüber. Geschäftsbeziehungen würden so unnötig von Beginn an belastet.

Quelle: www.bdu.de

*** ***

*** Hier könnte Ihre Werbung stehen! ***

*** ***

+++ 9. "Bilanz einer Lüge" - Hochspannung nicht nur für Steuerprofis

Ein neuer Steuerberater-Krimi von Christopher Stahl ist im NWB Verlag erschienen: Wer hat es auf den Druckereibesitzer Gero Arnold abgesehen? Er ist verzweifelt: Aufträge werden sabotiert und langjährige Kunden springen ab. Als ob es noch nicht reichen würde kurz vor

dem Ruin zu stehen, geht bei der Polizei eine anonyme Anzeige wegen Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit gegen ihn ein. Darius Schäfer, Steuerberater im (Un)Ruhestand und Hobby-Kriminologe, erfährt von Arnolds Schwierigkeiten und beschließt die Ermittlungen aufzunehmen. Dafür muss er in die dunkelsten Jahre der deutschen Geschichte eintauchen und stößt dabei auf mysteriöse Familiengeheimnisse sowie widersprüchliche Indizien. Nichts scheint zueinander zu passen - doch dann geschieht ein Mord, und Schäfer schafft es, die einzelnen Puzzleteile zusammenzusetzen...

"Bilanz einer Lüge" aus dem NWB Verlag ist Christopher Stahls fünfter Roman. "Bilanz einer Lüge": das ideale Geschenkbuch nicht nur für Steuerprofis und nicht nur zu Weihnachten. Christopher Stahl: "Bilanz einer Lüge". 245 Seiten, Broschur. ISBN: 978-3-482-63301-0; 16,90 Euro. Eine Leseprobe steht hier zur Verfügung: <http://bit.ly/ukrIeJ>
Quelle: www.nwb.de

+++ 10. Hauptversammlung der UAS am 22.11.11 in München +++
Die diesjährige Hauptversammlung der UnternehmerAllianz Süd findet am 22.11.11 um 19.00 Uhr in der Kanzlei Wernicke & Partner, Ohmstraße 13/III, 80802 München statt.

Unternehmer im Dialog (UID) soll im Jahr 2012 in gedruckter Form erscheinen?
Gerne senden wir Ihnen die erste Ausgabe sowie Infos zu den Anzeigenpreisen...
Redaktion: Pressebüro König, Dipl.-Kfm. Josef König, 15.11.11

*